



SCHRIFTEN ZUM DEUTSCHEN UND
EUROPÄISCHEN ARBEITS- UND SOZIALRECHT

Herausgegeben von Ulrich Preis

Band 31

Christoph Römer

Entgeltflexibilisierung zur Arbeitnehmerbeteiligung

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung.....	15
I. Der Befund: Vergleichsweise geringe Verbreitung materieller Arbeitnehmerbeteiligung in Deutschland	19
II. Der Gang der Untersuchung: Arbeitnehmerbeteiligung durch Entgeltflexibilisierung auf Unternehmensebene.....	23
B. Die rechtlichen Rahmenbedingungen der Arbeitnehmerbeteiligung im internationalen Vergleich.....	27
I. Gegenstand der materiellen Arbeitnehmerbeteiligung.....	27
1. Begriff der materiellen Arbeitnehmerbeteiligung	27
a. Erfolgsbeteiligung.....	28
b. Kapitalbeteiligung	31
2. Qualifikation als Arbeitsentgelt.....	32
a. Erfolgsbeteiligungen	33
b. Kapitalbeteiligungen	35
3. Abgrenzung der Erfolgsbeteiligung zu Änderungsvorbehalten	35
4. Ergebnis	36
II. Die staatliche Förderung der Arbeitnehmerbeteiligung	37
1. Überblick über die Fördermaßnahmen	37
2. Bewertung der derzeitigen Förderung.....	39
a. Nachteile der Kapitalbeteiligung im Allgemeinen.....	40
b. Konkrete Nachteile der Fördermaßnahmen.....	42
III. Ursachen des geringen Verbreitungsgrades der Arbeitnehmerbeteiligung in Deutschland.....	44
1. Das „deutsche Modell“ im internationalen Vergleich	45
a. Arbeitnehmerbeteiligung in Frankreich	45
b. Arbeitnehmerbeteiligung in Großbritannien.....	51
c. Arbeitnehmerbeteiligung in den Vereinigten Staaten.....	54
2. Einflüsse auf die Verbreitung der Arbeitnehmerbeteiligung in Deutschland.....	57

C. Verfassungsrechtliche Implikationen der betrieblichen Entgeltflexibilisierung und der Arbeitnehmerbeteiligung	63
I. Die Normsetzungsbefugnis der Tarifvertragsparteien	64
1. Die Normativität des Tarifvertrags	64
a. Die Koalitionsfreiheit als Doppelgrundrecht	64
aa. Der persönliche Schutzbereich des Artikels 9 III 1 GG	65
bb. Das Verhältnis der kollektiven zur individuellen Koalitionsfreiheit.....	69
b. Der Schutzbereich der kollektiven Koalitionsfreiheit	73
aa. Der Koalitionsbegriff des Artikels 9 III GG	73
1) Die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses.....	73
2) Die Überbetrieblichkeit von Koalitionen – Voraussetzung ihrer Unabhängigkeit?.....	75
3) Verfassungsrechtliche Grundlagen der Betriebsautonomie	80
a) Keine Gewährleistung durch Artikel 9 III GG	80
b) Keine ausschließlich privatautonome Legitimation.....	81
aa) Betriebsvereinbarungen als verbandliches Satzungsrecht.....	82
bb) Die „vertragsakzessorische“ Deutung	83
cc) Ergebnis.....	84
c) Betriebliche Rechtsetzung und Sozialstaatsprinzip.....	85
d) Die staatliche Anerkennung der Normwirkung betrieblicher Regelungen.....	85
e) Zwischenergebnis	87
4) Ergebnis	88
bb. Die Normsetzungsbefugnis als Teil der verfassungsrechtlich geschützten Tarifautonomie	88
1) Artikel 9 III 1 GG als Betätigungsgarantie.....	88
2) Der Umfang der Betätigungsgarantie im Allgemeinen	94
3) Der Schutz der Tarifautonomie im Besonderen.....	97
4) Die Normativität des Tarifvertrags als Ausfluss der Tarifautonomie	99
5) Ergebnis	103

2.	Die tarifliche Regelbarkeit der Arbeitnehmerbeteiligung.....	103
a.	Allgemeine Grenzen der tariflichen Regelungsmacht.....	104
b.	Die tarifvertragliche Regelbarkeit der Arbeitnehmerbeteiligung	105
aa.	Erfolgsbeteiligung	105
bb.	Kapitalbeteiligung.....	106
c.	Tarifvertragliche Ermächtigungsnormen zur substitutiven Arbeitnehmererfolgsbeteiligung.....	111
d.	Beispiel für eine Ermächtigung der Betriebsparteien zur erfolgsbezogenen Teilvariabilisierung des Arbeitsentgelts	112
3.	Ergebnis	113
II.	Das Günstigkeitsprinzip	113
1.	Verfassungsrechtliche Grundlagen des Günstigkeitsprinzips	114
a.	Die Teilhabe des Günstigkeitsprinzips am Schutzbereich des Artikels 9 III 1 GG	115
aa.	Günstigkeitsprinzip und Institutsgarantie	115
bb.	Günstigkeitsprinzip als Innenschranke der kollektiven Koalitionsfreiheit.....	117
cc.	Günstigkeitsprinzip und negative Koalitionsfreiheit	121
b.	Das Günstigkeitsprinzip im Spannungsfeld zwischen Koalitionsfreiheit und individueller Privatautonomie	121
aa.	Abgrenzung zwischen Eingriff und Ausgestaltung	122
1)	Die grundsätzliche Differenzierung zwischen sach- und normgeprägten Gewährleistungen	124
2)	Die Wahrung des objektiv-rechtlichen Gehalts	129
3)	Der Eingriffscharakter gesetzlicher Öffnungsklauseln	132
bb.	Verfassungsrechtliche Anforderungen an Eingriffe in die Tarifautonomie	133
1)	Die Beschränkbarkeit der Koalitionsfreiheit durch kollidierende Grundrechte und sonstige Rechtsgüter mit Verfassungsrang.....	133
2)	Die Ablehnung einer Grundrechtsbindung und gerichtlich überprüfbarer Gemeinwohlverpflichtung der Koalitionen.....	135
3)	Die Institutsgarantie eines „Tarifvertragssystems im Sinne des modernen Arbeitsrechts“.....	140

4) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und Wesensgehaltsgarantie.....	146
cc. Die Abwägung der Koalitionsfreiheit mit kollidierenden Rechtsgütern mit Verfassungsrang	149
1) Günstigkeitsprinzip und Berufsfreiheit.....	150
2) Günstigkeitsprinzip und Leistungsprinzip	151
3) Günstigkeitsprinzip und Sozialstaatsprinzip.....	152
c. Ergebnis	153
2. Konsequenzen für die Auslegung des Günstigkeitsprinzips	154
a. Die Ablehnung eines allein quantitativen Günstigkeitsvergleichs.....	154
b. Bedenken gegen einen grundsätzlichen Vorrang freiwilliger arbeitsvertraglicher Abweichungen im geltenden Tarifvertragsrecht	157
c. Schwierigkeiten bei der Feststellung individueller Selbstbestimmung im Einzelfall	158
d. Bestätigung eines weiten Verständnisses des Günstigkeitsprinzips durch dessen historische Entwicklung	159
e. Ergebnis	161
III. Der Tarifvorbehalt.....	162

D. Regelungen zur betrieblichen Arbeitnehmerbeteiligung innerhalb des bestehenden Tarifvertragssystems.....	165
I. Regelungsmodelle betrieblicher Arbeitnehmerbeteiligung.....	165
1. Betriebsvereinbarungen zur Arbeitnehmerbeteiligung	165
a. Die Reichweite des Tarifvorbehalts.....	166
aa. Tarifvorbehalt und Günstigkeitsprinzip	167
bb. Tarifvorbehalt und Regelungsbefugnis in sozialen Angelegenheiten	168
b. Die begrenzte Regelungsbefugnis des Betriebsrats gemäß §§ 87 I, 88 BetrVG	171
aa. Mitbestimmung über die Auszahlung des Arbeitsentgelts, § 87 I Nr. 4 BetrVG	171
bb. Mitbestimmung über Sozialeinrichtungen, § 87 I Nr. 8 BetrVG	172

cc.	Mitbestimmung über die Lohngestaltung, § 87 I Nr. 10 BetrVG	175
	1) Der Entgeltcharakter der Beteiligung	175
	2) Entlohnungsgrundsätze und -methoden	176
	3) Kollektiver Tatbestand	179
	4) Beachtung gesellschaftsrechtlicher Schutzvorschriften	179
	5) Verhältnis des Mitbestimmungsrechts zu tariflichen Regelungen	180
dd.	Mitbestimmung über leistungsbezogene Entlohnungen, § 87 I Nr. 11 BetrVG	181
ee.	Mitbestimmung über Maßnahmen der Vermögensbildung, § 88 Nr. 3 BetrVG	182
	1) Arbeitnehmerkapitalbeteiligung als Maßnahme der Vermögensbildung	183
	2) Zur Sperrwirkung von Tarifverträgen	184
	3) Zwischenergebnis	184
	ff. Ergebnis	185
c.	Die Annahme einer umfassenden Regelungsbefugnis der Betriebsparteien	185
	aa. Die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts zum „Leber-Rüthers-Kompromiss“	186
	bb. Keine „Friktionen“ bei der Verknüpfung der tarifvertraglichen mit der betrieblichen Rechtsetzung	188
	cc. Die Beachtung des Tarifvorbehalts	190
d.	Die Grenzen der betrieblichen Regelungsbefugnis gemäß § 75 BetrVG	191
e.	Ergebnis	193
2.	Arbeitsvertragliche Regelungen	
	zur Arbeitnehmerbeteiligung	194
	a. Betriebseinheitliche Regelung durch gleichlautende Einzelverträge	194
	b. Inhaltskontrolle	196
	aa. Vereinbarungen zur Arbeitnehmerbeteiligung in Allgemeinen Geschäftsbedingungen	196
	1) Keine Inhaltskontrolle anhand von Tarifverträgen und sonstigen Kollektivvereinbarungen	197

2) Die Überprüfbarkeit vertraglich in Bezug genommener Tarifnormen.....	197
3) Der Schutz des Arbeitnehmers vor intransparenten und unangemessen benachteiligenden Beteiligungsklauseln	198
4) Folgen der Unwirksamkeit Allgemeiner Geschäftsbedingungen	201
bb. Die Zulässigkeit arbeitsvertraglicher Lohnverwendungsabreden	202
cc. Prozentuale Untergrenzen der Mindestentgelte	203
1) Individualabreden zur Erfolgsbeteiligung	203
2) Erfolgsbeteiligungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen	206
a) Die Rechtsprechung zur Teilflexibilisierung des Arbeitsentgeltes im Rahmen von Änderungsvorbehalten	206
b) Die Rechtsprechung zu Provisionen und echten Leistungszulagen.....	209
3) Ergebnis	210
dd. Die Befristung der Entgeltflexibilisierung	211
ee. Die Wahl der Bezugsgröße	214
ff. Bestandsklauseln	215
c. Die Abweichung von Betriebsvereinbarungen zur Arbeitnehmerbeteiligung	217
3. Ergebnis	218
II. Die Günstigkeit arbeitsvertraglicher Regelungen zur Arbeitnehmerbeteiligung	219
1. Anwendbarkeit des Günstigkeitsprinzips im Verhältnis zwischen Arbeits- und Tarifvertrag	220
2. Methoden zur Bestimmung der Günstigkeit arbeitsvertraglicher Regelungen	222
a. Vergleichsgegenstand.....	222
b. Vergleichsinteresse	229
c. Vergleichsperspektive	232
d. Vergleichszeitpunkt.....	236
3. Kriterien zur Bestimmung der Günstigkeit materieller Arbeitnehmerbeteiligung	237
a. Substitutive Arbeitnehmerbeteiligung als „ambivalente“ Vereinbarung	237

b. Günstigkeit durch Einräumung eines Wahlrechts für den Arbeitnehmer.....	239
c. Prozentuale Lohnuntergrenzen in Erfolgsbeteiligungsmodellen.....	243
d. Befristung der Entgeltflexibilisierung.....	245
e. Berücksichtigung der Tariflohnentwicklung während der Laufzeit	246
f. Mehrheitliche Zustimmung der Belegschaft	247
4. Die Behandlung von Zweifelsfällen	249
a. Zweifel hinsichtlich der Günstigkeit	250
b. Gleichwertigkeit der arbeitsvertraglichen und tariflichen Regelungen.....	250
5. Ergebnis	251
6. Beispiel für eine Vereinbarung zur substitutiven Arbeitnehmererfolgsbeteiligung	252
III. Die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte für Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Arbeitnehmerbeteiligung	253
1. Klagen im Zusammenhang mit der Gewährung einer Erfolgs- bzw. Kapitalbeteiligung.....	253
2. Klagen im Zusammenhang mit Erträgen aus einem bestehenden Beteiligungsverhältnis.....	254
 E. Die Verfassungsmäßigkeit gesetzlicher Änderungen zur Erleichterung substitutiver Arbeitnehmererfolgsbeteiligung	 257
I. Gegenstand der Reformvorschläge	258
1. Die wichtigsten Gesetzentwürfe.....	260
2. Die rechtspolitische Diskussion.....	262
3. Relevanz für die substitutive Arbeitnehmerbeteiligung.....	263
II. Die Verfassungsmäßigkeit einer gesetzlichen Definition des Günstigkeitsbegriffs.....	264
1. Betroffene Grundrechtspositionen	266
a. Grundrechtspositionen der Tarifvertragsparteien.....	266
b. Grundrechtspositionen der Arbeitnehmer.....	271
2. Eigener Gesetzesvorschlag	272
III. Die Verfassungswidrigkeit einer Einschränkung des Tarifvorbehalts	275

1. Grundsätzliche Bedenken gegen eine Einschränkung des Tarifvorbehaltes	276
2. Die Einschränkung des Tarifvorbehaltes zur Ermöglichung substitutiver Arbeitnehmerbeteiligung.....	281
3. Bedenken gegen die Einführung substitutiver Arbeitnehmerbeteiligung ohne Zustimmung der betroffenen Arbeitnehmer.....	282
IV. Ergebnis	283
F. Zusammenfassung in Thesenform	285
G. Literaturverzeichnis.....	293